



Bürgerbeauftragte, Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Sozialausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Im Hause

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/3866

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom: 26.02.2020

Mein Zeichen: B11

Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Franziska Rüst

Telefon (0431) 988-1279

Telefax (0431) 988-1239

franziska.ruest@landtag.ltsh.de

19.03.2020

**Antrag der Fraktion von SPD „Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen“ und Alternativantrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Gelegenheit zu dem oben genannten Anträgen Stellung zu nehmen, möchte ich mich bedanken.

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten hat aus eigenen Beratungen wenig Erfahrungen mit dem Thema des fehlenden Angebots von Einrichtungen der Kurzzeitpflege gesammelt. Dies ist dadurch zu erklären, dass Beratungen zu diesem Bereich überwiegend von den regionalen Pflegestützpunkten übernommen werden und die Bürgerbeauftragte die Bürger\*innen hauptsächlich bei rechtlichen Fragen zu der Kurzzeitpflege unterstützt.

Durch den regelmäßigen Austausch mit den Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein ist der Bürgerbeauftragten jedoch bekannt, dass nicht genügend Plätze zur Kurzzeitpflege zur Verfügung stehen. Bürger\*innen müssen häufig viele Einrichtungen abtelefonieren, um überhaupt einen Platz finden. Wenn sie dann eine Einrichtung zur Kurzzeitpflege gefunden haben, liegt diese oft weit von dem Heimatort entfernt.

Die Bürgerbeauftragte sieht daher auch einen dringenden Bedarf in Schleswig-Holstein mehr Plätze für die Kurzzeitpflege zu schaffen, um regional eine ausreichende pflegerische Versorgung für die Bürger\*innen sicher zu stellen. Das Land Schleswig-Holstein muss seinem Sicherstellungsauftrag nach § 9 SGB XI nachkommen, damit Bürger\*innen in Zukunft ihren Anspruch auf Kurzzeitpflege auch tatsächlich durchsetzen können. Nur so können Pflegepersonen in der ambulanten Pflege entlastet werden und Bürger\*innen der Übergang von einem stationären Aufenthalt in einem Krankenhaus in die eigene Häuslichkeit ermöglicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Samiah El Samadoni